

A4 Dringlichkeitsantrag Musikcampus

Gremium: AG Kultur

Beschlussdatum: 06.11.2023

Tagesordnungspunkt: 4. Antrag zum Musikcampus (sofern Dringlichkeit durch die MV bestätigt)

Antragstext

1 Die KMV möge beschließen:

- 2 1. Die Mitgliederversammlung des KV B90/GRÜNE/GAL Münster stellt fest, dass die
3 Verwaltungsvorlage 0437/2023 die gravierenden Mängel der Vorlage 0924/2021, wie sie
4 auf den beiden Mitgliederversammlungen am 17. und 31.März 2022 festgestellt wurden,
5 in
6 keiner Weise heilt.
- 7 2. Die Mitgliederversammlung stellt fest, dass die von ihr auf Bitten der Grünen Fraktion
8 und des Grünen Kreisvorstandes eingeräumte Umsetzungsfrist zur Klärung der
9 Baurägerschaft, der Baufinanzierung und eines Betriebskonzeptes von der Verwaltung
10 nicht genutzt wurde und die notwendigen Voraussetzungen für einen
11 Errichtungsbeschluss
12 nicht gegeben sind.
- 13 3. Die Kreismitgliederschaft bestätigt nun zum 3.Male ihren grundsätzlichen Beschluss,
14 den Musikcampus nicht weiter zu verfolgen.
- 15 4. Sie knüpft daran die Erwartung, dass die Grüne Ratsfraktion umgehend alle notwendigen
16 Schritte ergreift, dass Projekt Musikcampus zu beenden, um nicht weitere personelle,
17 finanzielle und intellektuelle Ressourcen zu binden.
- 18 5. Die KMV fordert ihre Fraktion auf, die Verwaltung nachdrücklich zu verpflichten, nun
19 endlich alternative Konzepte und Standorte für die Verbesserung der Arbeit von Westf.
Schule für Musik, das Symphonieorchester und die Freie Szene auszuarbeiten und dabei
auf eine möglichst schnelle Umsetzung zu achten.

Begründung

Bereits zwei Mal hat die KMV einen grundsätzlichen Ausstieg aus dem Projekt „Musikcampus“ beschlossen, weil kultur-, finanz- und umweltpolitische Sorgen so wie städtebauliche Vorbehalte nie ausgeräumt werden konnten. Im März einigten sich KMV und Grüne Fraktion darauf, der Verwaltung noch eine Jahresfrist einzuräumen, um wichtige Fragen zu klären und Bedenken zu minimieren. In der nun vorgelegten Verwaltungsvorlage 0437/2023 werden diese Erwartungen umfassend enttäuscht. Wie der Parteivorstand richtig argumentiert, müssten die im März gefassten Beschlüsse folgerichtig zu einer Ablehnung dieser Vorlage im Rat führen.

Stattdessen versuchen Teile der Fraktion, der Verwaltung ein Weiter so des siebenjährigen Trauerspiels zu ermöglichen. Dabei versuchen diese Fraktionsmitglieder bewusst, einen zeitlich leicht möglichen und im Übrigen auch zugesagten innerparteilichen Dialog durch einen eilig gefassten Ratsbeschluss faktisch zu vermeiden.

Die Aufnahme dieses Eilantrages soll die Fraktion noch einmal dazu motivieren, eine Entscheidung in der Sache in den Dezember zu schieben und die Verständigung mit der Mitgliedschaft zu suchen. Im Falle, die Fraktion verweigert sich einer inhaltlichen Legitimation durch den KV soll dieser Beschluss

dazu führen, dass die Fraktion umgehend (die Sperrfrist im Rat sind 6 Monate) an der Heilung ihres Alleingangs arbeitet.